

Vergessen, verkauft, verschoben

Verlassene Kinder und andere Schattenseiten der Freiheit

fh. – Der kleine Steffen aus Friedrichshain ist erst neun Monate alt. Gemeinsam mit seiner zweijährigen Schwester Katharina und dem „großen“ Bruder Christoph (3 Jahre) ist er seit Tagen in der Obhut eines Kinderheims der Berliner Jugendhilfe. Die drei Geschwister sind wohl die jüngsten unter den 107 Kindern, die seit Ende August 1989 von ihren Müttern und Vätern verlassen worden sind, die sich in den Westen aufgemacht haben bzw. seit dem 9. November die neue Reisefreiheit erkunden wollten. Ihr Schicksal rührt an diesem ersten Adventswochenende die Herzen nicht nur der Berliner. Steffens Mama lässt aus ihrem neuen bayerischen Wohnort ausrichten, sie habe sich von den Kindern losgesagt; „die jeweiligen Väter sollten sich kümmern“ (NZ 30.11.1989). Spurlos verschwunden sind sogar die Eltern eines anderen Trios: Den zweijährigen Denny und seine Brüder Steven (4) und Marcus (8) mussten die Nachbarn aus der verschlossenen Wohnung befreien, nachdem die Jungs lauthals gerufen hatten. Einige der Beispielfälle, mit denen der Leiter der Berliner Jugendhilfe Herbert Tatus Ende November vor die Presse ging, klingen wie Kurzschlussbehandlungen, aber solche mit bösen Folgen. So will eine junge Frau aus Hellersdorf am 13. November einfach mal West-Berlin besuchen. Ihre beiden Zwillinge Sascha und Sebastian (4) gibt sie bei einer Freundin ab, die sich ein paar Stunden kümmern soll. Die Hellersdorferin will ja nur mal für eine Nacht bleiben und den Westen erleben. Seitdem jedoch hat sie nichts mehr von sich hören lassen. Aufgebracht fragt das ND, ob denn eine solche Mutter überhaupt noch etwas empfinde? Und fügt die nächste Schreckensgeschichte an: „Wer trocknet die Tränen der 14jährigen Nancy aus dem Stadtbezirk Friedrichshain? Ihre Mutter verließ die DDR illegal mit zwei kleinen Kindern. Aus einem Hotel in Riedern, BRD, wandte sie sich telefonisch an die zuständige Abteilung Jugendhilfe: Ich bleibe hier und kann Nancy nicht gebrauchen.“ (ND 29.11.1989)

Unter den Nebenerscheinungen der Freiheit, deren Folgen in diesen Tagen vermehrt die Ost- wie Westpresse füllen und teils sehr breit ausgemalt werden, sind die verlassenen und vergessenen Kinder sicher die tragischste. Viel mehr öffentliche Aufmerksamkeit finden indes die Schieber und Schwarzhändler, ja sie provozieren sogar staatliches Handeln und neue Reglementierungen der Freiheit. Ein umfangreiches Dossier der Hamburger Wochenzeitung *Die Zeit* beschreibt die Situation an einem der Umschlagplätze von West-Berlin: „Das Volk der DDR belagert die ‚Wechselstelle am Wasserklops‘“, also am allen Berlin-Touristen bekannten Brunnen zwischen Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche und Europacenter. Dort befindet sich auf einer schwarzen Tafel „die Losung des Tages“, nämlich der aktuelle Tauschkurs von DM (West) und „Mark der Deutschen Notenbank“ = DDR-Mark. Ende November liegt der Kurs bei 10:1, wenn man DDR-Mark umtauscht. Wollte man also eine „blaue Kachel“ eintauschen, wie im DDR-Volksmund vor der Maueröffnung der DM-Hundertmarkschein mit Ambergers eindrucksvollem Renaissance-porträt des Kosmographen Sebastian Münster genannt wurde, brauchte es zehn DDR-Hunderter mit dem nicht minder repräsentativen Philosophenkopf von Karl Marx. Für einen Marx-Schein gab es entsprechend nur einen einzigen 10 DM-Schein mit dem nicht ganz zuverlässig Dürer zugeschriebenen Bildnis eines jungen Mannes. „Det is doch ne Sauerei, der Kurs“, zitiert die *ZEIT* einen Ost-Berliner. Die seien über den rapiden Kursverlust ihrer Währung, die freilich überhaupt nicht aus- oder eingeführt werden dürfte, „einhellig empört“, und sogar ein NVA-Soldat fordert „Da muß der Kohl ja nun endlich mal was machen.“ Viel Spannenderes als bei den öffentlichen Wechselstuben spielte sich jedoch in einigen „Séparées“ ab, wo die großen Beträge hin und her gehen. Ein ostdeutscher Handwerksmeister habe „in den letzten Tagen rund drei Millionen Ost



rübergebracht. Riecht ziemlich muffig die Ware; die hat er wohl in der Garage gelagert“ berichtet der Chef einer Wechselstube. Zwar wurde die offiziell nicht konvertierbare DDR-Mark in West-Berlin dauernd gehandelt, doch das Umschlagvolumen hat sich im letzten Monat mehr als verzehnfacht. Dass Ostdeutsche D-Mark eintauschen, mag man ja noch verstehen – aber wozu braucht man denn eigentlich DDR-Mark? Wer tauscht diese ein? Nun, einige DDR-Mark-Käufer sind Ostdeutsche, die ihr frisch erworbenes Begrüßungsgeld zurück in die heimische Währung tauschen, um dort in der Heimat einige Wochen luxuriös leben zu können. Und das Begrüßungsgeld, das überall gegen Pass und Personalausweis gezahlt wird (die jeweils mit einem entsprechenden Stempel versehen werden – damit es nur *einmal* gezahlt wird), lässt sich vor allem für Familien beträchtlich vermehren: „Ein Ehepaar mit drei Kindern kann es problemlos auf 800 Mark bringen. Zuerst geht der Papa mit den Kleinen los und quittiert 400 West-Mark, dann Müttern samt Nachwuchs noch einmal“, beschreibt es die *ZEIT*. Zwar sammelte der Senat die Anträge, aber kontrolliert oder abgeglichen würden sie nicht.

Aber auch viele Westler delectieren sich in den Restaurants am Alexanderplatz an den Rumpsteaks auf Toast für – schwarzgetauscht – 96 West-Pfennig. Doch das alles sind kleine Fische. Die wirklich großen Ost-Mark-Summen würden von denen gesammelt, die auf dem brach liegenden Immobilienmarkt der DDR einsteigen wollen. Doch da es sich hier um Langzeit-Aktivitäten handelt, konzentriert sich die ganze Wut und Unruhe auf die kleinen Schieber und Schmuggler. Und da sind es vor allem die Polen auf die sich Volkes Stimme gleichermaßen wie die staatlichen Maßnahmen der DDR ausgerichtet haben. Die können offenbar alles gebrauchen, kaufen subventionierte Waren in der DDR, die auf den „Polenmärkten“ im Westen umgesetzt werden und bringen umgekehrt West-Waren oder preiswerte DDR-Produkte nach Polen, dabei ihre privilegierten Reisemöglichkeiten zwischen Ost und West nutzend. Der Vize-Chef der DDR-Zollfahndung, Henry Otto, erzählt: „Dort herrscht ein regelrechter Warenhunger. Da haben wir es mit der gesamten Warenpalette zu tun [...] Zollstöcke, Angelnetze, Zahnbürsten, so gut wie alles.“ Aber der Zollbeamte nimmt sie großzügig gegen den Pauschalverdacht in Schutz, der sich in den letzten zehn Tagen in der DDR immer stärker hochgeschaukelt hatte: „Die Polen sind ja nicht alle Spekulanten.“ (Die Zeit, 1.12.1989)

Nachdem von der Regierung Modrow in der vorletzten Novemberwoche gesetzliche Maßnahmen gegen Spekulanten und Schmuggler eingeführt worden waren, hatte sich diese öffentliche Meinung in Richtung auf das östliche Nachbarland eingeschossen, sodass sich am Ende der DDR-Botschafter in Warschau entschuldigen musste. Hinweisschilder wie „Verkauf nur an DDR-Bürger“ oder „Ausländer raus“-Rufe gegen polnische Schüler an einer Oberschule in Berlin seien natürlich unannehmbar. Trotzdem sei es notwendig gewesen, den Abverkauf subventionierter Waren durch Touristen zu unterbinden, auch wenn die Regierung Polens weiter dagegen Sturm läuft (NZ 4.12.1989).

Handelsminister Manfred Flegel hatte sich bei einem Besuch in der Kaufhalle am Berliner Mehring-Platz vom Erfolg der Maßnahmen überzeugen wollen. Eine Verkäuferin resümiert: „Natürlich ist nicht jeder ausländische Bürger, der bei uns einkaufen will, ein Spekulant. Aber andererseits müssen sich jetzt auch manche DDR-Bürger, die eine schnelle D-Mark machen wollten, damit abfinden, daß ihnen nur noch handelsübliche Mengen verkauft werden.“ (BZ 28.11.1989) Vor dem Hintergrund dieser Sorgen bekommen die Appelle gegen den Ausverkauf der DDR – zusammengefasst in dieser Woche in dem sofort berühmten gewordenen Aufruf „Für unser Land“ (ND 30.11.1989) einen realen Kern. Der Bielefelder Historiker Karsten Timmer hat diese Wochen Ende November und Anfang Dezember 1989 mit der Phase der „großen Furcht“ (*grande peur*) als Katalysator der Französischen Revolution verglichen. Wird es nun doch zu Akten der Gewalt kommen? Aber die große Menschenkette vom ersten Adventssonntag, die sich durch die ganze DDR, von Rügen bis zum Erzgebirge gezogen hatte, sollte setzte ein anderes Zeichen setzen, „Hand in Hand“ stehen für „Hoffnung und Entschlossenheit“ zur demokratischen Erneuerung. (NZ 2.2.1989) Es bleibt eine friedliche Revolution.

Quellen:

<http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/ddr-presse>; Die Zeit (Mikrofilme, RUB);